

Deutliches Ja nach taktischem Hin und Her

Thun: Kunstseilbahn Grabengut Der Stadtrat hat dem Millionen-Nachkredit für die Sanierung der Kunstseilbahn Grabengut zugestimmt. Dies nach einer langen Debatte und einigen taktischen Schlenkern.

Barbara Donski

8,705 Millionen Franken und damit 44 Prozent mehr, als vom Stimmvolk vor zweieinhalb Jahren genehmigt, kostet die Gesamtrenovierung des Eissportzentrums Grabengut. Kein Wunder, schluckte der Stadtrat die Kröte, die ihm der Gemeinderat am Donnerstagabend vorsetzte, nicht auf Anhieb.

«Wollt ihr 6,5 Millionen vernichten?»

Gemeinderat Reto Schertenleib (SVP) nahm vorweg, in welche Richtung die Diskussion steuern würde: «Es gibt Schöneres, als in beiden Räten einen Nachkredit von fast 9 Millionen Franken zu beantragen», meinte der Bauvorsteher. «In einer idealen Welt wären die Bauarbeiten nun im Schlussstadium. Es hätte keine Pandemie gegeben, keine Inflation und einen Kostenplaner, der alles antizipiert hätte. Doch die Welt ist leider nicht ideal.»

Dem Gemeinderat müsse man zugutegehalten werden, dass er sofort einen Planungsstopp verfügt habe, als klar geworden sei, dass es zu grösseren Kostenabweichungen kommen würde. Und Schertenleib gelobte Besserung in mehreren Punkten: So will die Stadt etwa die Reserve bei künftigen Bauprojekten dieser Grössenordnung auf 10 Prozent erhöhen. Der Bauvorsteher redete dem Parlament ins Gewissen. Angesichts der bereits ausgegebenen Steuergelder von 6,5 Millionen Franken und des klaren Volksurteils für das Projekt sei dem Nachkredit in der Höhe von 2 Millionen Franken zuzustimmen. «Ihr könnt heute Ja oder Nein sagen. Viel mehr Optionen habt ihr nicht», sprach es Schertenleib aus. «Ein Nein wür-



Die Kunstseilbahn Grabengut in Thun. Ihre Sanierung kommt die Stadt teuer zu stehen. Foto: Patric Spähni

de bedeuten, dass wir einen Grossteil der Infrastruktur im Grabengut zurückbauen müssten und dem Thuner Eissport damit die Perspektiven nähmen.»

«Strukturelles und finanzielles Fiasko»

Die anschliessenden Voten im Rat reichten von harscher Kritik bis hin zu Erklärungsversuchen des gemeinderätlichen Vorgehens der letzten Jahre. Alle waren sich hingegen einig, dass die Mehrkosten «unschön» sind, wie es Angelika Zimmermann von der Fraktion FDP/Mitte aus-

drückte. Matthias Zellweger (Parteilos) sprach von einem «strukturellen und finanziellen Fiasko für Thun» und wehrte sich dagegen, dass das bereits ausgegebene Geld als Druckmittel für ein Ja verwendet werde. Zellweger stellte infrage, ob der Gemeinderat seiner Führungsaufgabe genügend nachgekommen sei. Auch Parteikollege Sandro Badertscher sprach von «einem überschaubaren Nutzen für viel Geld» und davon, dass im Grabengut besser 200 Stadtwohnungen gebaut würden. Er kenne in seinem Umfeld wenig Leu-

te, die dem nun vorliegenden Projekt noch zustimmen würden. «Vielleicht wäre es gescheiter, die Vorlage nochmals dem Volk vorzulegen.»

«Kein Denkkzettel aus falschen Motiven»

Dem Gemeinderat mehr Wohlwollen brachten andere Fraktionen entgegen. So waren sich die meisten einig, dass ein Prüfen von Alternativstandorten etwa in Thun-Süd zu viel Zeit beanspruche und ein Projekt auf der grünen Wiese die Stadt weit teurer zu stehen komme. Kein Wunder,

gehörte Alexandre Reymondin (SVP) als Vizepräsident und Sportchef des EHC Thun und als Parteikollege von Reto Schertenleib zu dieser Gruppierung: Er rief den Stadtrat nach einer ausufernden Geschichtsstunde in Sachen Thuner Eissportanlagen dazu auf, nun «nicht aus falschen Motiven dem Gemeinderat einen Denkkzettel verpassen» zu wollen. Und Adrian Christen gab im Namen der SP zu bedenken, dass die veranschlagten 30 Millionen Franken immer noch in der Bandbreite dessen lägen, was bei der ursprünglichen Planung an-

gedacht worden sei. «Es geht einfach nicht günstiger», doppelte Franziska Eggenberg (GLP/EVP/EDU) nach. Einen unschönen Aspekt brachte Natalie Althaus in Spiel: «Ich weiss von Druckversuchen gegenüber Stadträtinnen und Stadträten im Vorfeld. Mitglieder des Parlaments wurden telefonisch kontaktiert und aufgefordert, ihren Entscheid zu überdenken.» Das habe «nichts mit Demokratie zu tun», so die Stadträtin der Grünen.

Matthias Zellweger stellte deshalb den Antrag, dass über das Geschäft schriftlich abgestimmt werde. «Jeder und jede soll heute frei entscheiden können», meinte dieser. «Das Thema ist viel zu wichtig, als dass es zu einer Reihe von Enthaltungen kommt.»

Gegenantrag für Namensnennung obsiegt

Nach einem Sitzungsunterbruch entschied sich das Parlament erst mit dem Minimum der zehn notwendigen Stimmen für die vorgeschlagene geheime Abstimmung. Doch noch während Ratspräsident Philipp Deriaz (SVP) das Vorgehen erläuterte, brachte Stadtrat Thomas Hiltpold (Grüne) einen Gegenantrag auf Abstimmung unter öffentlicher Namensnennung ins Spiel, welcher obsiegt.

Schliesslich sprach sich das Parlament mit 26 Ja- zu 10 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen für den Nachkredit aus, wobei die Nein-Stimmen vor allem aus dem Lager der GLP/EVP/EDU, der FDP/Mitte und von Parteilos kamen. Damit machte der Stadtrat den Weg frei für die Sanierungsarbeiten, welche in zwei Etappen, jeweils von April bis November 2025 und 2026, durchgeführt werden sollen.

Stadtrat kann sich für Seethermie erwärmen

Thuner Energiepolitik Das Parlament hat einen Vorstoss angenommen.

«Ich erwarte, dass der Gemeinderat bei diesem Thema nicht nur verwaltet, sondern auch gestaltet», sagte Mark van Wijk am Donnerstagabend. Der Stadtrat der Fraktion FDP/Mitte sprach über das überparteiliche Postulat, welches eine verstärkte Nutzung von Grund- und Seewasser zur Wärmegewinnung und zu Kühlzwecken fordert.

Man müsse langfristig denken, nötige Entwicklungen jetzt anschauen und das grosse Potenzial der Seethermie zu nutzen beginnen, fand van Wijk. Auch Thomas Lanz (Grüne) wünschte sich dezidiertes Engagement der Regierung: «Wir machen beliebt, dass der Gemeinderat die Energie Thun AG hier etwas stärker in die Hand nimmt.» Er sei indes froh, dass das Potenzial breit anerkannt werde.

Vergleich mit der Revolution

Einen Vergleich zur industriellen Revolution vor über 200 Jahren zog Franz Schori (SP). Damals habe man auch, in weiser

Vorausicht, in der ganzen Stadt Leitungen verlegt, um die neue Energie Wasserdampf zu verbreiten und nutzen zu können. «Heute müssen wir diese Vorleistung für die Nutzung der Seethermie erbringen. Die Industrie wird sich dann vor Ort schon ansiedeln», sagte Schori.

Die Wichtigkeit der Seethermie betonte ebenso Jonas Baumann-Fuchs (Fraktion EVP/GLP/EDU). Einschränkung hielt er fest: «Bezüglich der Wirtschaftlichkeit gilt es sorgfältig abzuwägen. Und wir sollten bei diesem Thema über die Gemeindegrenzen hinausblicken.»

Letztlich nahm das Parlament den Vorstoss – bei einer Enthaltung – einstimmig an. Damit folgte es dem Antrag des Gemeinderats. Dieser hatte bereits zuvor ein «strategisches Steuerungsgremium für die Koordination der Zusammenarbeit und der Planung» mit der Energie Thun AG ins Leben gerufen.

Gabriel Berger

Kein Sonderzug für die Progy matte bei der Schul-Informatik

Stadtrat Thun: Finanzpolitik Dass Schüler früher eigene iPads erhalten, war im Stadtrat unbestritten. Der Umgang mit dem Schulhaus Progy matte sorgte indes für Emotionen.

Alle Schülerinnen und Schüler in Thuner Volksschulen sollen ab der 5. Klasse (statt wie bisher ab der 7. Klasse) ein eigenes iPad erhalten. Lehrkräfte sollen, nebst ihren iPads, zusätzlich je eigene Notebooks bekommen. Und zur besseren Anwendung der Geräte sollen Lehrerinnen und Lehrer in den Genuss von entsprechenden Weiterbildungen kommen.

Um diese drei Punkte gehts beim Projekt IVS4, dem vierten Entwicklungsschritt der Schul-informatik in Thun. Der Gemeinderat beantragte dem Parlament am Donnerstagabend hierzu einen Kredit von 1,732 Millionen Franken. Das Geld ist unter anderem für die Anschaffung von 1000 neuen Geräten für die genannten Schuljahrgänge vorgesehen.

Im Grundsatz unbestritten

Finanzvorsteherin Andrea de Meuron (Grüne) sprach im Zusammenhang mit den bisherigen Thuner Informatik-Projekten

Gemeinderätin Andrea de Meuron sprach in Sachen Schul-informatik von einer Erfolgsgeschichte. Mit Blick auf andere Städte sei dies nicht selbstverständlich.

von einer «Erfolgsgeschichte». Mit Blick auf IT-Probleme anderer Städte sei dies nicht selbstverständlich. «Und dass Tablets schon ab der 5. Klasse zum Einsatz kommen, ist nicht zuletzt eine Empfehlung gemäss Lehrplan 21.»

Von der linken Ratsseite erteilte das Traktandum viel Wohlwollen. So betonte etwa Franz Schori (SP): «Die Berufswelt hat

sich verändert. Es ist daher absolut richtig, die Ausrüstung von Schülerinnen und Schülern auszuweiten.» Mit der 1:1-iPad-Ausrüstung ab der 5. Klasse könnten die «digitalen Kompetenzen und Ressourcen» gefördert und erweitert werden, befand Roman Gugger (Grüne).

«Falsche Versprechungen»

Dass die Betriebstemperatur im Ratsaal doch noch ein wenig stieg, hatte dann einen anderen Grund: Valentin Bortler (SVP) erinnerte daran, dass mit IVS4 die Oberstufenschule Progy matte ihr eigenes IT-Netzwerk verlieren und ins gesamtstädtische Schul-Netzwerk integriert würde. «Diesbezüglich wurden Lehrkräften am Progy vorgängig falsche Versprechungen gemacht», so Bortler.

Auch Alois Studerus (Mitte/FDP) sagte diesbezüglich, dass die «Kommunikation wohl nicht in allen Punkten vorbildlich» gewesen sei. Der Präsident der Sachkommission Bildung Sport

Kultur, Nicolas Glauser (GLP/EVP/EDU), sprach zudem von unterschiedlichen Meinungen in der Kommission: «Einige finden, dass die Bedürfnisse der Lehrkräfte besser hätten berücksichtigt werden müssen.»

Dies brachte wiederum Martin Allemann (SP) in Rage, der sich vehement gegen «den Heimschutz und den Sonderzug fürs Progy» wehrte. Die Stadträte Glauser, Thomas Bieri (SVP) und Barbara Lehmann Rickli (FDP/Mitte) stellten in der Folge drei Anträge, die unter anderem darauf abzielten, die Integration des Progy matte-Netzwerks zu relativieren.

Nach einem kurzen Sitzungsunterbruch wurden diese Anträge allerdings der Reihe nach abgelehnt. In der Schlussabstimmung obsiegt der Antrag des Gemeinderats für den 1,732-Millionen-Kredit dann mit 31 Ja-Stimmen bei sechs Enthaltungen.

Gabriel Berger